

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

Name, Vornamen: _____

ggf. Geburtsname: _____

Geburtsdatum: _____ Geburtsort: _____

Anschrift: _____

1. Ich wurde in einem Beratungsgespräch und bei der Abgabe meiner Antragsunterlagen über die allgemeinen Voraussetzungen und der Einbürgerung unterrichtet. Dabei wurde ich informiert, welche Unterlagen im Einbürgerungsverfahren benötigt werden und in welcher Form diese vorzulegen sind.
2. Ich versichere die Richtigkeit meiner im Antrag auf Einbürgerung gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder nutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.
3. Mir ist bekannt, dass die Verwaltungsgebühr für die Einbürgerung nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz (§ 38 StAG) 255,00 Euro, für ein minderjähriges Kind 51,00 Euro beträgt. Auch die Ablehnung oder Rücknahme eines Einbürgerungsantrages ist gebührenpflichtig.
4. Ich bin bereit, meine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben und ggf. alle dafür erforderlichen Schritte zu unternehmen.
5. Ich wurde über meine Pflichten belehrt, gegenüber der Einbürgerungsbehörde gegen mich ergangene Verurteilungen zu offenbaren, auch wenn sie nicht in ein Führungszeugnis aufzunehmen oder zu tilgen sind (§ 53 Abs. 1 und 2 Bundeszentralregistergesetz (BZRG).
6. Ich verpflichte mich, der Einbürgerungsbehörde unverzüglich alle Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere jede Änderung meiner Adresse, schriftlich mitzuteilen.
7. Mit der Übermittlung meiner personenbezogenen Daten an Dritte zur Auskunftserteilung aller am Einbürgerungsverfahren beteiligter Behörden und Stellen (z. B. dem Auswärtigen Amt, meiner konsularischen Vertretung in Deutschland, der Ausländerbehörde, dem Register des Bundesamtes für Justiz (Bundeszentralregister), dem Sozialamt, der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter, dem Gewerbeamt, dem Jugendamt, dem Amt für Ausbildungsförderung, dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der Polizeibehörde, der Verfassungsschutzbehörde, der Finanzbehörde, Berufsvertretung usw.) bin ich einverstanden.
8. Ausdrücklich erkläre ich meine Einwilligung zur Auskunftserteilung im Rahmen des § 67 Sozialgesetzbuch X.
9. Mir ist bekannt, dass meine persönlichen Daten zur Wahrnehmung der staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen im Einbürgerungsverfahren verwendet werden. Die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten erfolgt mit meinem ausdrücklichen Einverständnis auf der Grundlage von Artikel 6, Abs. 1, Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG).

Mir ist bekannt, dass meine personenbezogenen Daten dauerhaft von der Einbürgerungsbehörde gespeichert werden.

Magdeburg, den _____
Datum

Unterschrift

Hiermit wird die obige Unterschrift amtlich beglaubigt. Die Unterschrift wurde vor mir vollzogen.

Magdeburg, den _____
Datum

Landeshauptstadt Magdeburg

Im Auftrag

Unterschrift